

Antrag an den Landesparteitag am 21. November 2021

Der Landesparteitag möge beschließen:

Der Landesvorstand wird beauftragt, die Regelungen in der Landessatzung zur Einleitung einer Urabstimmung zu überarbeiten sowie eine eigenständige und praxisgerechte Urabstimmungsordnung des Landesverbandes, die auch die Möglichkeit einer Urwahl vorsieht, zu erarbeiten und zum nächsten Landesparteitag vorzulegen.

Begründung:

Die Landessatzung sieht in § 19 (früher § 18) seit langem die Möglichkeit der Einleitung einer Urabstimmung vor. Anders als im Bundesverband und in anderen Landesverbänden wurde von dieser Möglichkeit jedoch bislang im Saarland noch nie Gebrauch gemacht. Das dürfte nicht zuletzt an den in der Landessatzung vorgesehenen hohen formalen Hürden liegen (so ist darin z.B. ein Mitgliederquorum von einem Drittel der Mitglieder vorgesehen, wohingegen nach der Bundessatzung 5 % genügen). Zugleich fehlt es an einer eigenständigen Urabstimmungsordnung des Landesverbandes, die das konkrete Verfahren für eine Urabstimmung im saarländischen Landesverband regelt. Die in der Landessatzung vorgesehene Verweisung auf die Urabstimmungsordnung des Bundesverbandes erscheint vor dem Hintergrund unterschiedlicher Voraussetzungen und Strukturen nur begrenzt tragfähig und praktikabel. Des Weiteren ist in der saarländischen Landessatzung die Möglichkeit auch einer Urwahl bislang nicht vorgesehen, wie sie sich nicht nur in unserer Partei in bestimmten Situationen inzwischen bewährt hat.

All das steht in einem Spannungsverhältnis zu unserem politischen Anspruch als Landesverband, direktdemokratische Entscheidungsverfahren auch im Saarland stärken zu wollen. Daher soll der Landesvorstand beauftragt werden, die genannten Regeln in Ruhe zu überarbeiten und eine eigenständige und praktikable Urabstimmungsordnung zu erarbeiten, die sich z.B. an den Regelungen im Bundesverband und in anderen Landesverbänden orientieren können. Der Landesvorstand kann dann hierfür auch eine Kommission bilden, sofern er dies für sinnvoll hält. Auf dem kommenden Landesparteitag, voraussichtlich Anfang 2022, können die entsprechenden Ergebnisse vorgelegt und kann über diese entschieden werden.

gez. Monika Hager

Joachim Mohr